

Beschluss des Landrats vom 04.04.2019

Nr. 2576

11. Natürlich BL: Konsequenz trennen statt nutzlos verbrennen 2018/830; Protokoll: gs

Die Regierung sei bereit, das Postulat entgegen zu nehmen, orientiert Landratspräsident **Hannes Schweizer** (SP).

Hansruedi Wirz (SVP) spricht von einem neuerlichen Vorstoss, den es eigentlich nicht mehr brauche – weil er nicht nötig sei. Bei der getrennten Abfallsammlung ist man wirklich Weltmeister. Gestern Abend erst wurde in der Sendung «Schweiz aktuell» ein Bericht über PET ausgestrahlt: Der Rücklauf von Material, das wieder verwendet werden kann, beträgt weit über 80 %. Bei den Kehrichtverbrennungsanlagen ist die Situation zudem so, dass Material fehlt, um die Abfälle überhaupt richtig verbrennen zu können. Vielfach werden minderwertige Holzschnitzel hinzugefügt, damit genügend brennbares Material vorhanden ist. Vom eigenen Betrieb her kann gesagt werden: Bei jeder Palette Flaschen, die man kauft, zahlt man bereits die Wiederverwertung. Auch Sandra Strüby weiss dies. Wenn man im Ausland Spezialflaschen kauft, meldet der Zoll nach Bern, wie viele Flaschen so gekauft wurden; dafür erhält der Käufer zweimal im Jahr die Entsorgungsrechnung. Es gibt im Bundesamt für Umwelt (Bafu) eine Stelle, welche dies verwaltet. Wenn man solche Flaschen wieder exportiert, könnte man die Recycling-Gebühr zurück verlangen. Man ist also in der ganzen Sammelaktion relativ weit. Alu-Dosen (mit Energie-Drinks) sind natürlich ein grosses Thema. Man hat aber auch gehört, dass die Brauerei im oberen Kantonsteil Alu-Dosen einführen will, um das Regio-Bier so abzufüllen. Wenn man also die ganze Geschichte anschaut, ist man beim Sammeln am Limit – die letzten 10 % kann man immer noch herausholen; sie sind aber am mühsamsten und am kostspieligsten. Die Fraktion lehnt die Überweisung ab: Dieser Vorschlag ist zwar gut gemeint, aber nicht gut.

Beim Einsammeln und Entsorgen der Abfälle im öffentlichen Raum werden im Kanton vergleichsweise gute Standards erreicht, sagt **Sandra Strüby-Schaub** (SP). Ungenügend und nicht in Übereinstimmung mit dem geltenden Umweltschutzgesetz sind das Trennen und Wiederverwerten der verschiedenen Wertstoffe.

Die Grundlage für wirksame politische Weichenstellungen bildet immer eine sorgfältige Auslegung sowie das Aufzeigen der verschiedenen Lösungsmöglichkeiten, der erwarteten Konsequenzen und Kostenfolgen. Genau diese Entscheidungsgrundlagen werden mit dem Postulat verlangt. Weil die Herausforderung einer getrennten Abfallentsorgung im öffentlichen Raum eine Verbundaufgabe von Kanton, Gemeinden und weiteren Akteuren sein muss, sollen alle Beteiligten in die Beurteilung der Ausgangslage und die Entwicklung von Lösungsvarianten einbezogen werden. Das Baselbieter Motto «Mir wei luege» kann nicht bedeuten, dass man sich untätig zurücklehnt. Im Gegenteil: «Mir wei luege» heisst in diesem Fall: «Wir wollen genau hinschauen, wo Handlungsbedarf besteht – und dann richtig handeln.» Dass man eine PET-Flasche von Liestal bis nach Hause trägt, weil es unterwegs keine fachgerechte Entsorgung gibt, macht ausser der Rednerin wohl kaum jemand. Ein Dank geht an die Regierung für die Bereitschaft, das Postulat zu übernehmen – und an alle für die Zustimmung.

Der Titel des Postulats hat bei **Christine Frey** (FDP) Gegenwehr ausgelöst. Es war von «nutzloser Verbrennung» die Rede. Von «nutzlos» kann aber keine Rede sein. Die «thermische Verwertung» wäre besser gewesen als Titel. Der Abfall liefert durch die Verwertung in der Kehrichtverbrennung Strom und Wärme, er wird also sehr wohl wieder einer Nutzung zugeführt. Nutzlos hingegen ist

aus persönlicher Sicht der Verweis auf die Sammelstellen in Italien: Man kann in der Presse lesen, dass es nicht reicht, wenn man nur sammelt – weil das Sammelgut auch verwertet werden muss. Wie man weiss, hat Italien damit Probleme: Entweder kommt die Ware in den Boden oder sie wird ins Ausland gebracht.

Grundsätzlich macht es Sinn, dass man getrennt sammelt – es wäre aber besser, man würde eine Kosten-Nutzen-Berechnung machen. Dann hätte man eine Basis, um sachlich über das Thema zu reden. Es gibt in diesem Thema genug Beispiele, die zeigen, dass die Bemühungen oft nicht bringen, was man sich erhofft. Man kann etwa die Studie des Bafu konsultieren, welche aufzeigt, dass die Sammlung gemischter Kunststoffabfälle, die man etwa bei der Kehrichtsammelstelle in Arlesheim für teures Geld abliefern kann, nicht den erhofften Nutzen erzielt. Offenbar ist die Technik noch nicht so weit. Man ist dem Vorstoss gegenüber skeptisch und wird die Überweisung ablehnen.

Auch **Stephan Ackermann** (Grüne) war im ersten Moment gegen das Postulat – aus der Haltung heraus, dass es reicht, wenn man im öffentlichen Raum überhaupt noch Abfalleimer findet (man kann ja schon glücklich sein, dass man die Abfälle nicht nach Hause tragen muss). Wenn man sich vorstellt, dass im öffentlichen Raum überall solche Dreier-Kübel stehen sollen, so fragt es sich: Wie will man das handhaben? Hier aber geht es um Prüfen und Berichten – man kann genau diese Fragen fundiert anschauen. Wenn die Regierung das Postulat entgegen nehmen will, wird sie diese Aufgabe auch erfüllen; davon kann man ausgehen.

Zur Schreckhaltung der FDP bezüglich des Titels kann man sagen: Da muss man offen auf einander zugehen und solche Sachen nochmals auf ihre Bedeutung hin ansehen. Zentral ist: Man verbrennt gewisse Dinge – man sollte aber keine Wertstoffe verbrennen, um Energie zu gewinnen. Wenn man die Wertstoffe noch brauchen kann, sollte man sie entsprechend nutzen. Die Idee einer sachlichen Diskussion und einer Kosten-Nutzen-Analyse ist angebracht. Die Regierung wird dies bei der Beantwortung aufnehmen und einbringen – damit man nachher wirklich eine Grundlage hat und nicht nur auf diesen oder jenen Zeitungsartikel abstellt, der nicht den Tatsachen entspricht. Die Regierung wird dann die Facts auf den Tisch legen. Dann kann man befinden, ob man die Sache weiter verfolgen will. Deshalb: Die anfängliche Skepsis ist der Überzeugung gewichen, dass man prüfen und berichten lassen soll. Diese Offenheit soll auch der Landrat mit einer Überweisung an den Tag legen; nachdem ja die Regierung das Postulat entgegennehmen will.

Pascal Ryf (CVP) hat den Eindruck, dass es relativ viele Abfalleimer im öffentlichen Raum hat. Das Problem ist mehr, dass die Leute sie nicht richtig treffen und der Abfall herumliegt. Das Littering dürfte das grössere Problem sein. Es ist aber sicherlich so, dass die SBB das Problem an den Bahnhöfen sehr sinnvoll angehen und man dort die Möglichkeit hat, den Abfall zu trennen (wenn die Leute ihn denn auch richtig entsorgen). Aus Sicht der CVP/BDP-Fraktion schadet es sicher nicht, die Frage einer Umrüstung der bestehenden Abfalleimer zu prüfen – damit man der Abfalltrennung gerecht werden könnte. Wichtig wäre aber vor allem, beim Littering etwas zu unternehmen – weil es doch beschämend ist: Vor 20 oder 30 Jahren war die Schweiz noch eines der saubersten Länder der Welt. Heute muss man sagen: Wenn man den vielen herumliegenden Abfall sieht, bringt auch die Abfalltrennung nicht wirklich etwas. Die Stossrichtung des Postulats ist aber gut; darum wird es unterstützt.

://: Mit 42:40 Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat überwiesen.
